

Professorin Dr. Katharina Kitze, Dipl.-Psychologin, lehrt psychosoziale Gesundheit und psychosoziale Versorgung im Lebenslauf im Fachbereich Soziale Arbeit, Gesundheit und Medien der Hochschule Magdeburg-Stendal. Sie war langjährig an der Beratungsstelle Leipzig der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland tätig, zuletzt als deren Leiterin. E-Mail: katharina.kitze@hs-magdeburg.de

Literatur

- Grawe, Klaus:** Grundriss einer Allgemeinen Psychotherapie. In: Psychotherapeut 40/1995, S. 130-145
- Grawe, Klaus; Donati, Ruth; Bernauer, Friederike:** Psychotherapie im Wandel. Von der Konfession zur Profession. Göttingen 1994
- Lambert, Michael J. (Hrsg.):** Bergin and Garfield's Handbook of Psychotherapy and Behavior Change. New York 2013
- Lauinger, Felicitas:** Beraten lernen?!. Biographisch-informelle Einflüsse auf Lern- und Bildungsprozesse von Studierenden während Studium und Beratungspraktikum. In: Weinhardt, Marc (Hrsg.): Psychosoziale Beratungskompetenz – Pilotstudien aus der Arbeitsstelle für Beratungsforschung. Weinheim 2015
- Linden, Michael; Strauss, Bernhard (Hrsg.):** Risiken und Nebenwirkungen von Psychotherapie. Berlin 2013
- Lohmann-Haislah, Andrea:** Stressreport Deutschland 2012 – Psychische Anforderungen, Ressourcen und Befinden. Dortmund u.a. 2012
- Luhmann, Niklas:** Ökologische Kommunikation. Opladen 1986
- Pauls, Helmut:** Klinische Sozialarbeit – Grundlagen und Methoden psycho-sozialer Behandlung. Weinheim und München 2004
- Richter, Horst-Eberhard:** Engagierte Analysen – über den Umgang des Menschen mit den Menschen. Reinbek 1978
- Rogers, Carl R.:** Der neue Mensch. Stuttgart 1997
- Senf, Wolfgang; Broda, Michael (Hrsg.):** Praxis der Psychotherapie – Ein integratives Lehrbuch. Stuttgart 2007
- Sickendiek, Ursel; Engel, Frank; Nestmann, Frank:** Beratung – Eine Einführung in sozialpädagogische und psychosoziale Beratungsansätze. Weinheim 2002
- Szeteli, Philipp:** Die Nutzung von Simulationsklienten im Rahmen einer innovativen Lehrveranstaltung zum Erwerb von Beratungskompetenz. In: Weinhardt, Marc (Hrsg.): Psychosoziale Beratungskompetenz – Pilotstudien aus der Arbeitsstelle für Beratungsforschung. Weinheim 2015
- Wälte, Dieter; Borg-Laufs, Michael (Hrsg.):** Psychosoziale Beratung – Grundlagen, Diagnostik, Intervention. Stuttgart 2018

ALLGEMEINES

Beispiele für gelungene Integrationsarbeit gesucht.

gesucht. Der Deutsche Städtetag möchte seine auf der Internetseite www.staedtetag.de/fachinformationen/integration/079617/index.html dokumentierte Sammlung von Praxisbeispielen auf einen neuen Stand bringen und bittet hierfür um Zusendung von Informationen zu aktuell laufenden Projekten zur Versorgung, Unterstützung und Integration geflüchteter Menschen. Willkommen sind insbesondere Hinweise zu Initiativen in den Bereichen Spracherwerb, Bildung und Qualifizierung, Beschäftigung, Wohnraumversorgung, ehrenamtliches Engagement und Kommunikation. Projektbeschreibungen werden unter der E-Mail-Anschrift petra.ossig@staedtetag.de entgegengenommen. Quelle: Städtetag aktuell 2.2019

Daten zur Zivilgesellschaft. Die vor Kurzem im Springer Verlag erschienene Open-Access-Publikation „Datenreport Zivilgesellschaft“, die im Rahmen des von der Ziviz GmbH und dem Bundesfamilienministerium realisierten Projekts „Forum Zivilgesellschaftsdaten“ erstellt wurde, gibt auf der Grundlage bereits vorliegender Erhebungsdaten aus mehr als 10 Befragungen einen Überblick über den aktuellen Stand und die Entwicklung der Zivilgesellschaft und des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. Im Blickfeld stehen zunächst die Organisationen des Nonprofit-Sektors, die soziografischen Merkmale der ehrenamtlichen Arbeitskräfte sowie spezifische Formen des Engagements wie organisationsgebundenes und informelles Engagement, zeitintensives Engagement und das Engagement in Freiwilligendiensten. Ein eigenes Kapitel beschäftigt sich mit der Rolle der Zivilgesellschaft als Arbeitsmarkt für bezahlte Kräfte, deren Anzahl von 2,9 Mio. im Jahr 2007 auf 3,7 Mio. im Jahr 2016 angestiegen ist. Auch die Finanzierung der Zivilgesellschaft durch Mitgliedsbeiträge, Spenden, selbst erwirtschaftete Mittel und die öffentliche Förderung wird thematisiert. Ferner gilt das Interesse den politischen und gesellschaftlichen Einstellungen, die dem Engagement zugrunde liegen, wobei vor allem auf Wertorientierungen, religiöse Weltanschauungen, demokratische Orientierungen und die politische Partizipation der Engagierten eingegangen wird. Das Buch steht unter der Anschrift www.springer.com/de/book/9783658229573 im Internet zur Lektüre bereit. Quelle: BFS-Trendinfo 2.2019

Materialien für den 5. Mai. Um auf die Situation behinderter Menschen in Deutschland aufmerksam zu machen und für deren gleichberechtigte Teilhabe einzutreten, veranstalten Verbände und Organisationen der Behindertenhilfe und -selbsthilfe seit 24 Jahren am 5. Mai im Rahmen des „Protesttages zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung“ überall in Deutschland Podiumsdiskussionen, Informationsgespräche, Demons-

trationen und andere Aktivitäten. Mit dem diesjährigen Motto „#MissionInklusion – Die Zukunft beginnt mit Dir“ sollen vor allem Kinder und Jugendliche sowie Menschen, die in Schulen oder in der Kinder- und Jugendhilfe arbeiten, erreicht werden. Wer mit eigenen Initiativen zum Erfolg des Protestes beitragen möchte, kann für den Aktionszeitraum vom 27. April bis zum 12. Mai 2019 bei der Aktion Mensch kostenfrei Materialien für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Aktionsmittelpakete mit Ideen und Anregungen sowie eine finanzielle Förderung von maximal 5 000 Euro beantragen. Weitere Informationen und Antragsformulare stehen unter <https://www.aktion-mensch.de/foerderung/> im Internet. Quelle: Mitteilung der Aktion Mensch vom 7.3.2019

Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung. Mit dem im Dezember 2016 erlassenen und bis zum Jahr 2023 in vier Stufen in Kraft tretenden Bundesteilhabegesetz wurden im neuen § 32 des Neunten Sozialgesetzbuches die gesetzlichen Voraussetzungen für ein kostenloses Beratungsangebot geschaffen, das Menschen mit bestehender oder drohender Behinderung sowie deren Angehörigen eine Orientierung über die Leistungen zur Rehabilitation und Teilhabe vermitteln soll. Beispielsweise können in diesem Kontext Fragen zur Assistenz, zu Hilfsmitteln, zum eigenständigen Wohnen und zur Integration in den Arbeitsmarkt beantwortet werden. Seit dem Januar 2018 haben in Deutschland mehr als 500 Beratungsstellen der Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung (EUTB) ihre Arbeit aufgenommen, die vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales mit 58 Mio. Euro jährlich gefördert werden. Die auf dem Konzept des Peer Counseling, der Beratung von Betroffenen für Betroffene, basierende EUTB zielt darauf ab, die Eigenverantwortung und Selbstbestimmung behinderter Menschen zu stärken. Zur Internetseite der EUTB geht es unter www.teilhabeberatung.de. Quelle: Sozialcourage Frühling 2019

SOZIALES

Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug.

Der Berliner Senat beschloss am 19. Februar dieses Jahres, den „Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug“ (BFDmF), ein im Jahr 2015 eingeführtes Sonderkontingent zum Bundesfreiwilligendienst (BFD), unbefristet fortzuführen. Der BFDmF umfasst zum einen Einsätze in der Arbeit mit geflüchteten Menschen und bietet zum anderen auch Möglichkeiten für Geflüchtete, selbst einen BFD zu absolvieren. Die für die Fortsetzung des BFDmF in diesem Jahr benötigten zusätzlichen Haushaltssmittel wurden vom Deutschen Bundestag bewilligt. Als Träger des BFDmF hat sich das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten erfolgreich um eine Anerkennung als Einsatzstelle für den Regel-BFD beworben und damit die Voraussetzungen geschaffen, um an insgesamt drei Standorten neue Vereinbarungen mit Freiwilligen mit Fluchterfahrung abschließen zu können. Geplant ist, die Möglichkeiten

zur Teilzeitarbeit im BFDmF auf alle unter 27-jährigen Freiwilligen auszuweiten. Quelle: Mitteilung des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin vom 19.2.2019

Steuermerkblatt aktualisiert. Um beim Ausfüllen der Formulare zur Steuererklärung 2018 behilflich zu sein, hat der Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen sein jährlich neu aufgelegtes Steuermerkblatt aktualisiert. Dieses bietet einen Überblick über die Steuvorteile, die Betroffene oder deren Eltern aufgrund des Einkommensteuergesetzes und des Kraftfahrzeugsteuergesetzes in Anspruch nehmen können. Die Handreichung steht im Internet unter der Anschrift www.bvkm.de in der Rubrik „Recht & Ratgeber“ kostenlos zum Download zur Verfügung und kann per E-Mail an versand@bvkm.de oder online unter www.bvkm.de/verlag in gedruckter Form bestellt werden. Quelle: Pressemitteilung des Bundesverbandes für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V. vom 5.3.2019

Berufliche Integration Geflüchteter. Mit dem Ziel, die berufliche Integration geflüchteter Menschen voranzubringen, wurde im Schweizer Kanton Graubünden mit dem Pilotprojekt „Teillohnplus“ in den Jahren 2015 bis 2018 ein neues Modell erprobt. Durch eine maximal 18-monatige On-the-Job-Qualifizierung im ersten Arbeitsmarkt gelang es in mehr als vier von fünf Fällen, anerkannte Flüchtlinge und vorläufig aufgenommene Personen in eine Festanstellung oder eine Berufslehre zu bringen. Nach dem Erwerb erster Deutschkenntnisse und einer dreiwöchigen Praxisphase absolvieren die Teilnehmenden ein sechsmonatiges Orientierungspraktikum, um dann im Rahmen des Stufenmodells Teillohnplus weitere Berufserfahrungen zu sammeln. Hierbei bezahlen die Betriebe einen Teil des Lohns, der stufenweise durch Sozialleistungen ergänzt wird. Während der Teillohn-Anstellung werden die Teilnehmenden sowie deren Arbeitgeber von einem Job Coach begleitet. Die Evaluation des Projekts durch die Hochschule Luzern ist im Internet unter der Anschrift www.hslu.ch/de-ch/hochschule-luzern/forschung/projekte/detail/?pid=881 abrufbar. Quelle: Soziale Arbeit der Hochschule Luzern, Februar 2019

GESUNDHEIT

Digitalisierung im Gesundheitswesen. Um Daten zu möglichen Einsparungen zu gewinnen, hat die Unternehmensberatung McKinsey das Nutzungspotenzial von 26 derzeit verfügbaren digitalen Gesundheitstechnologien analysiert und für das deutsche Gesundheitswesen quantifiziert. Dabei ergab sich, dass 70 % des erreichbaren Nutzens bei den Leistungserbringenden, also vor allem bei Ärztinnen, Ärzten und Krankenhäusern angesiedelt sind, und nur 30 % bei anderen Akteuren wie vor allem den Krankenkassen. Neben Kostenreduzierungen hätten digitale Lösungen auch andere Vorteile. So profitierten vor allem ländliche Regionen von einer Abmild-

lung des Personalmangels und einer Verringerung des Bedarfs an spezialisierten Fachkräften. Zudem werde der Zeitaufwand für Arztsbesuche verringert. Das größte Nutzenpotenzial böten die elektronische Patientenakte und elektronische Rezepte sowie webbasierte Interaktionen zwischen medizinischen Fachkräften und deren Patientinnen und Patienten. Ausführlichere Ergebnisse der Studie stehen unter www.mckinsey.de/publikationen/2018-09-27-digitalisierung-im-gesundheitswesen im Internet. Quelle: Berliner Ärzteblatt 1-2.2019

Hausärztliche Versorgung in Rheinland-Pfalz. Um Anreize für Hausärztinnen und Hausärzte zu bieten, sich im ländlichen Raum niederzulassen, hat die Landesregierung Rheinland-Pfalz ihr Niederlassungsförderprogramm zum 1. März dieses Jahres nochmals ausgeweitet. Für medizinische Fachkräfte, die sich zu einer hausärztlichen Tätigkeit in einer der aktuell 90 Verbandsgemeinden oder verbandsfreien Gemeinden entschließen oder eine Ärztin beziehungsweise einen Arzt anstellen, ist nun eine höhere Förderung von bis zu 20 000 Euro vorgesehen. Im Rahmen des im Jahr 2011 in Kraft getretenen Förderprogramms wurden bisher mit rund 1,85 Mio. Euro bereits mehr als 130 Maßnahmen gefördert. Eine Liste der Förderregionen und Formulare für die Beantragung der Unterstützung sind im Internet unter <https://hausarzt.rlp.de/de/foerderprogramme/foerderrichtlinie-hausaerztliche-versorgung/> zu finden. Quelle: Pressemitteilung des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie Rheinland-Pfalz vom 1.3.2019

JUGEND UND FAMILIE

Frauenbeauftragte in Werkstätten für behinderte Menschen. Die unter der Internet-Anschrift <https://frauenbeauftragte.weibernetz.de> erreichbare Internetseite „Ein Bundes-Netzwerk für Frauen-Beauftragte in Einrichtungen“ wurde überarbeitet und neu gestaltet. Frauenbeauftragte in Einrichtungen für behinderte Menschen finden hier in Leichter Sprache gehaltene Nachrichten, Informationen und Materialien für ihre Arbeit sowie relevante Adressen und Links. Außerdem werden auf dieser Homepage wichtige Termine und Schulungen bekannt gegeben. Quelle: Berliner Behinderten Zeitung, März 2019

Kindliche Empathie für Geflüchtete. Im Rahmen der von der Goethe Universität Frankfurt und dem Umfrageinstitut Kantar Public realisierten 4. World Vision Kinderstudie (2018) wurden über 2 500 Kinder im Alter von sechs bis elf Jahren zu ihren Einstellungen gegenüber Geflüchteten befragt. Wie die Ergebnisse zeigen, haben 82 % der befragten Kinder Mitleid mit geflüchteten Kindern und sogar 85 % sind der Auffassung, man solle an diese etwas abgeben. 66 % fanden, dass geflüchtete Kinder gar nicht so anders seien als andere Kinder und 59 % sagten, es bereite ihnen Spaß, geflüchtete Kin-

der kennenzulernen. Dagegen war nur eine kleine Minorität von 10 % der Meinung, geflüchtete Kinder gehörten eigentlich nicht nach Deutschland. Auffallend war, dass sich Kinder im Westen, Kinder mit einem eigenen Migrationshintergrund und Kinder aus gehobenen Herkunftsschichten positiver äußerten. Fast die Hälfte (45 %) aller Befragten benannte eine Angst vor zunehmender Ausländerfeindlichkeit. Eine Zusammenfassung der Studie kann im Internet unter www.worldvision.de/informieren/institut/vierte-kinderstudie eingesehen werden. Quelle: Kinderschutz Aktuell 1.2019

Netzwerke kinderloser älterer Menschen. Ange-sichts der seit den 1950er-Jahren zunehmenden Kinderlosigkeit wird die soziale Einbindung der älteren Generation häufig mit Sorge betrachtet. Wie der Deutsche Alterssurvey des Deutschen Zentrums für Altersfragen feststellt, sind die dahingehenden Befürchtungen jedoch weitgehend unbegründet. Die auf 50- bis 75-jährige, in privaten Haushalten lebende Personen bezogenen Ergebnisse zeigen, dass ältere Frauen und Männer über gut funktionierende soziale Netzwerke verfügen. Sowohl Eltern als auch kinderlose Menschen pflegten mit etwa vier Personen engere Verbindungen. Unterschiede wurden im Hinblick auf Kontakte außerhalb des engeren Familienkreises deutlich. So berichteten kinderlose ältere Menschen häufiger als Eltern über enge oder sehr enge Beziehungen zu ferneren Verwandten, Freundinnen und Freunden oder Bekannten. In Bezug auf das psychische Wohlbefinden beziehungsweise die Ausprägung von Einsamkeit, Depressivität und Lebenszufriedenheit konnten keine Zusammenhänge mit Kinderlosigkeit festgestellt werden. Eine einseitig negative Sicht auf kinderlose Erwachsene entspreche somit nicht der Realität (siehe auch die Internetseite www.bpb.de/nachschatlagen/daten-report-2018/familie-lebensformen-und-kinder/277962/im-alter-ohne-kinder). Quelle: VdK Zeitung, März 2019

AUSBILDUNG UND BERUF

Berufsbegleitender Masterstudiengang in Sozialwirtschaft. Am 12. April dieses Jahres startet wieder der von der Hochschule Esslingen in Kooperation mit den Paritätischen Akademien Süd und Berlin angebotene berufsbegleitende Masterstudiengang in Sozialwirtschaft. Vorausgesetzt werden ein erster sozialwissenschaftlicher Hochschulabschluss und eine mindestens einjährige Berufserfahrung. Die Module beinhalten sozialpolitische, rechtliche, betriebswirtschaftliche und organisationsspezifische Grundlagen, Vertiefungsbereiche der Sozialwirtschaft sowie Rechnungslegungsinhalte und Managementthemen. Pro Semester finden vier jeweils von Donnerstag bis Samstag abgehaltene Präsenzseinheiten statt. Der erfolgreiche Abschluss des fünfsemestrigen Studiengangs ermöglicht den Zugang zum höheren Dienst und berechtigt zur Aufnahme einer Promotion. Studienort ist das Paritätische Mehrgenerationenzent-

rum in Stuttgart-Vaihingen. Quelle: Mitteilung des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Landesverband Baden-Württemberg vom 5.3.2019

Fortbildung zum Generationenmanagement. Die Katholische Stiftungshochschule München führt auf dem Campus Benediktbeuren vom 6. Juni bis zum 15. November dieses Jahres eine berufsbegleitende Qualifizierung zum Generationenmanagement durch. Angesprochen sind Fachkräfte in der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege, in Kommunen, Mehrgenerationenhäusern und Freiwilligenagenturen, die in den Bereichen Generationsarbeit oder generationenübergreifendes Bürgerschaftliches Engagement tätig sind. In fünf Modulen an zwölf Tagen vermittelt der Lehrgang Kenntnisse zur generationenübergreifenden Arbeit, zur Sozialraumorientierung, zum Management von Netzwerken, zur Gestaltung kreativer Aktionen und Kampagnen sowie zur Evaluation und Nachhaltigkeit. Eine erfolgreiche Teilnahme wird mit dem Zertifikat „Generationenmanager/in“ belohnt. Die Kosten für die Fortbildung übernimmt das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales. Nähere Informationen und ein Anmeldebogen finden sich auf der Internetseite www.ksh-muenchen.de/hochschule/aktuelles/news/detail/berufsbegleitende-fortbildung-generationenmanagerin/. Quelle: Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales vom 5.3.2019

Reform des BAFÖG. Im kommenden Herbst treten einige Änderungen des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAFÖG) in Kraft. So wird der Förderungshöchstsatz von derzeit 735 Euro auf 861 Euro monatlich im Jahr 2020 angehoben. Die Bedarfssätze sollen in zwei Schritten um insgesamt 7 % steigen. Außerdem wird der Wohnzuschlag voraussichtlich von 250 Euro auf 325 Euro aufgestockt. Auch eine Anpassung der Einkommensfreiheit der Eltern und eine Erhöhung des Freibetrags für eigenes Vermögen der Studierenden sind geplant. Der Zuschlag zur Krankenversicherung soll von 71 auf 84 Euro, der Pflegerversicherungszuschlag von 15 auf 25 Euro steigen. Vorgesehen ist darüber hinaus ein höherer Krankenversicherungszuschlag für Studierende ab dem 30. Lebensjahr, die nicht mehr in der beitragsgünstigen studentischen Krankenversicherung versichert sein können. Weitere Änderungen beziehen sich auf die Rückzahlung des Darlehensanteils, wonach die neue Regelrate bei 130 Euro liegen soll. Nach 77 Monatsraten soll die Restschuld in Zukunft erlassen werden, so dass die Rückzahlung nach 6,5 Jahren abgeschlossen ist. Dies gilt auch dann, wenn wegen geringen Einkommens Monatsraten von weniger als 130 Euro bezahlt werden können. Hierfür liegt der Mindestbetrag der geleisteten Monatsraten bei 42 Euro. Zu erwarten ist auch ein unter bestimmten Voraussetzungen gewährter Schuldenschnitt. Quelle: Internetseite des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

9.-10.5.2019 München. 2. Jahreskonferenz „Sexualisierte Gewalt gegen Kinder“: Sexuelle Gewalt in familiären Lebenswelten. Information: Die Kinderschutz-Zentren, Bonner Straße 145, 50968 Köln, Tel.: 02 21/56 97 53, E-Mail: die@kinderschutz-zentren.org

13.-14.5.2019 Berlin. Dialogforum „Bund trifft kommunale Praxis“: Checkpoint Teilhabe. Kinder- und Jugendhilfe + BTHG = Neue ganzheitliche Lösungen entwickeln! Information: Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH, Forschungsbereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales, Dialogforum „Bund trifft kommunale Praxis“, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin, Tel.: 030/39 00 11 47, E-Mail: jessen@difu.de

17.-18.5.2019 Kiel. 9. Fachtagung Klinische Sozialarbeit: „Gemeinsam gesund – Strategien und Interventionsmöglichkeiten Klinischer Sozialarbeit in sozialen Netzwerken“. Information: Vereinigung für Soziale Arbeit im Gesundheitswesen e.V., Haus der Gesundheitsberufe, Alt-Moabit 91, 10559 Berlin, Tel.: 030/39 40 64 54-0, E-Mail: info@dvsg.org

20.-21.5.2019 Berlin. 24. Deutscher Präventionstag: Prävention und Demokratieförderung. Information: Deutscher Präventionstag gGmbH, Kurt-Schumacher-Straße 29, 30159 Hannover, Tel.: 05 11/36 73 94-12, E-Mail: dpt@praeventionstag.de

22.5.2019 Luzern/Schweiz. Tagung zum Kindes- und Erwachsenenschutz: Zufriedene Betroffene – zufriedene Profis! Gelingender Zugang zu Betroffenen. Information: Hochschule Luzern – Soziale Arbeit, Frau Jlanit Schumacher, Inseliquai 12B, 6002 Luzern/Schweiz, Tel.: 00 41/ 413 67 48 83, E-Mail: jlanit.schumacher@hslu.ch

4.6.2019 Stuttgart. Jahrestagung der Aktion Jugendschutz: ALLES ANDERS? Medien in der Kinder- und Jugendhilfe. Information: Aktion Jugendschutz, Landesarbeitsstelle Baden-Württemberg, Jahnstraße 12, 70597 Stuttgart, Tel.: 07 11/23 73 70, E-Mail: info@ajs-bw.de

6.6.2019 Berlin. Seminar: „Regelverletzer und System-sprenger“. Junge Klienten*innen mit Borderline-Störung im Betreuungsalltag. Information: Fortbildungsakademie neuhland, Nikolsburger Platz 6, 10717 Berlin, Tel.: 030/ 417 28 39-55, E-Mail: fortbildung@neuhland.net

17.-18.6.2019 Leipzig. Fachkongress: Das Kindeswohl zwischen Kinder- und Jugendhilfe, Medizin und Justiz. Information: Bundesarbeitsgemeinschaft der Kinderschutz-Zentren e.V., Bonner Straße 145, 50968 Köln, Tel.: 02 21/ 569 75-3, E-Mail: die@kinderschutz-zentren.org